

Der Prozess der europäischen Desintegration

■ STEPHAN SCHULMEISTER

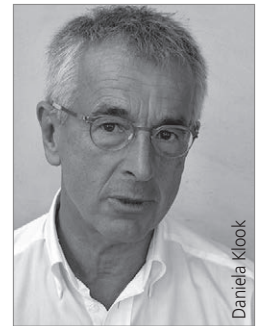
Für den europäischen (Des)Integrationsprozess ist das Verhältnis von nationalen und europäischen Identitäten von fundamentaler Bedeutung. Identitäten entwickeln sich in Wechselwirkung zwischen „Dazugehören“ zu einer Gruppe und „Abgrenzen“ von anderen Gruppen. So basiert die Österreicher-Identität einerseits auf einem Gefühl des hier beheimatet Seins, andererseits aber auch auf der Abgrenzung gegenüber Deutschen oder Italienern. Je stärker die positive Komponente der Identität ist im Vergleich zur negativen, desto eher wird nationale und europäische Identität als kohärent empfunden. Letztere kann nicht durch Abgrenzung gegenüber außer-europäischen „Fremden“ (wie Arabern) gestärkt werden, da sich die negative Komponente dann auch auf andere Nationen Europas erstreckt (und innerhalb jeder Nation „innere Außenfeinde“ schafft, also desintegriert).

Die jeweilige Ausprägung der Identitäten prägte die europäische Geschichte. Zwischen 1848 und 1945 wurden die nationalen Identitäten immer stärker durch die Abgrenzung von anderen Nationen genährt, „Erbfeindschaften“ stärkten das Nationalbewusstsein mehr als der Stolz auf die eigene Kultur. Diese negativen Identitäten stauten Emotionen auf, die sich in zwei Weltkriegen entluden. Das Lernen aus diesen Katastrophen führte nach 1945 zum Prozess der europäischen Integration.

Dieser Prozess wurde allerdings durch den Primat des Ökonomischen geprägt, von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl über die EWG, die EU bis zur Währungsunion. Als das Europäische wird der gemeinsame Markt realisiert, als wichtigste „Grundfreiheiten“ werden jene des Verkehrs von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit verankert.

Die Vernachlässigung der sozialen, politischen und kulturellen Integration stellte bis in die 1970er Jahre kein gravierendes Problem dar, weil gleichzeitig eine neue ökonomische „Spielanordnung“ geschaffen wurde (Lernen aus der Weltwirtschaftskrise): Stabile Wechselkurse, Rohstoffpreise und Zinssätze unter der Wachstumsrate lenkten das Gewinnstreben auf Aktivitäten in der Realwirtschaft („Realkapitalismus“), der Ausbau des Sozialstaats und die Sozialpartnerschaft stärkten Sicherheit und Zuversicht, bereits Ende der 1950er Jahre wurde in der „Sozialen Marktwirtschaft“ Vollbeschäftigung erreicht, die Staatsverschuldung sank stetig.

Aus dem Zusammenwirken des Integrationsprozesses, der realkapitalistischen Rahmenbedingungen und des Ausbaus des Sozialstaats entwickelte sich das Europäische Sozialmodell. Es wurde zur Grundlage für das – zaghafte – Entstehen einer europäischen Identität. Denn dieses Modell entspricht den Grundwerten und Lebensgewohnheiten in Europa, die sich über viele Jahrhunderte herausgebildet haben. Dazu gehört insbesondere das Eingebundensein in Interessensverbände (Zünfte, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, etc.), in Glaubensgemeinschaften wie (wenige) Kirchen, in kulturelle und regionale Gemeinschaften sowie in nationale Staaten und Kulturen. Damit verbunden war und ist ein hoher Stellenwert von Kooperation und eine geringe transnationale, aber auch regionale Mobilität. Insbesondere in den vergangenen 150 Jahren hat das Ziel, individuelle und soziale Freiheit zu integrieren, die Entwicklung der europäischen Gesellschaften geprägt („Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“). In den USA als einem Land der Eroberer und Einwanderer haben umgekehrt das individuelle Glücksstreben



Stephan Schulmeister ist Wirtschaftsforscher und Universitätslektor in Wien.

■ **Statt den bisherigen Kurs zu überdenken, bekämpft die EU die Krisenfolgen mit einem „more of the same“ der alten Rezepte.**

(„pursuit of happiness“) und damit auch die räumliche und berufliche Mobilität höchsten Stellenwert. Arbeitnehmerparteien oder Gewerkschaften konnten sich nicht entwickeln, der Sozialstaat ist nur rudimentär ausgeprägt, die Arbeitsbeziehungen sind durch das Prinzip „hire and fire“ geprägt.

Der Prozess der europäischen Desintegration begann Anfang der 1970er Jahre, wenn auch zunächst unmerklich. Die Kombination von realkapitalistischer Spielanordnung und Europäischem Sozialmodell hatte in den 1960er Jahre die Position von Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gestärkt, nicht zuletzt durch die anhaltende Vollbeschäftigung, die damit verbundene Umverteilung zugunsten der Löhne und durch den Ausbau des Sozialstaats. Gleichzeitig drifteten die Intellektuellen nach links.

Die Renaissance des Neoliberalismus war eine Reaktion auf diese Entwicklungen, erkennbar an seinen Hauptforderungen: Vorrang für „den Markt“ vor der Politik, Rückbau des Sozialstaats, Disziplinierung der Gewerkschaften, Ent-Fesselung der Finanzmärkte. Sie wurden ab Anfang der 1970er Jahre umgesetzt.

Die Aufgabe fester Wechselkurse, die Entwertung des US-Dollar, die beiden nachfolgenden Ölpreisschocks samt Rezessionen, der Anstieg des Zinsniveaus, die Schaffung der Finanzderivate, die zunehmenden Gewinnchancen von Finanzspekulation und die gleichzeitige Instabilität von Wechselkursen, Zinssätzen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen verlagerten das Gewinnstreben von der Real- zur Finanzwirtschaft: Das Wachstum von Investitionen und Produktion sank, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung nahmen zu.

Darauf reagiert die EU Anfang der 1990er Jahre mit Übernahme der neoliberalen Leitlinien: Die Staatsverschuldung wird mit einer Sparpolitik bekämpft, die Arbeitslosigkeit durch Senkung von Löhnen und Arbeitslosengeld, die Politik wird an Regeln gebunden (Maastricht-Kriterien, EZB-Statut, Fiskalpakt), die (Finanz-)Märkte werden dereguliert. Die Folgen: In den vergangenen 25 Jahren sind Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung mehr gestiegen als

je zuvor seit den 1930er Jahren, die Zahl prekärer Jobs explodierte, Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung nahmen zu. Von einer wachsenden Zahl von Menschen wird die EU samt ihren „Reformen“ als unsozial und technokratisch empfunden. Rechtspopulisten wettern gegen „das Finanzkapital“, versprechen soziale Wärme im „Nest“ des Nationalstaats und lenken so die Verbitterung der Deklassierten auf ihre Mühlen. Damit hat die EU indirekt selbst den Prozess der europäischen Desintegration beschleunigt, das „Pflänzchen“ einer europäischen Identität auf Basis der Sozialstaatlichkeit wurde zerstört.

Nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise erreicht die Entfremdung zwischen der Politik der EU und immer mehr ihrer BürgerInnen den vorläufigen Höhepunkt. Hauptursache der Krise war der gleichzeitige Verfall von Immobilienpreisen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen (nachdem alle drei Preise jahrelang geboomt und so ein enormes „Absturzpotential“ aufgebaut hatten) – indirekt also die Entfesselung der Finanzmärkte, eine Hauptkomponente neoliberalen Politik. Statt den bisherigen Kurs zu überdenken, bekämpft die EU die Krisenfolgen mit einem „more of the same“ der alten Rezepte.

Nachdem eine weitere Finanzinnovation – Wetten auf den Staatsbankrott mit Hilfe von „credit default swaps“ – die Zinsen für Griechenland, Irland und Portugal in unfinanzierbare Höhen getrieben hatte, musste der Euro-Rettungsschirm gegründet werden (2010). Darauf verordnete die „Troika“ (EU-Kommission, EZB und IWF) eine radikale Sparpolitik, Senkung von Löhnen und Arbeitslosengeld sowie eine Deregulierung der Arbeitsmärkte, insbesondere eine Lockerung des Arbeitnehmerschutzes und die Abschaffung von Kollektivverträgen. Auch in Spanien und Italien erzwang die CDS-Spekulation samt Zinsanstieg eine restriktive Politik.

Folge: Ganz Südeuropa schlitterte entlang einer Abwärtsspirale in eine Depression, und zwar umso tiefer, je radikaler die Austeritätspolitik ausfiel. Die weitaus härtesten Maßnahmen muss Griechenland umsetzen. Die These, dass Portugal

und Spanien trotz ähnlicher Politik die Wende geschafft hätten, Griechenland aber wegen seiner „Strukturprobleme“ nicht, ist unhaltbar. Dies zeigen folgende Veränderungsdaten zwischen 2015 und 2008 samt Vergleichswerten für Portugal und Spanien in Klammern. Beamtengehälter: –24 % (Portugal: –15 %, Spanien: –3 %), Sozialtransfers: –12 % (+21 % bzw. +25 %), Staatsausgaben insgesamt: –27 % (+6 % bzw. +1 %), Lohnsumme insgesamt: –27 % (–8 % in beiden Vergleichsländern).

Millionen Griechen werden deklassiert, Kindersterblichkeit, Armut, Selbstmorde steigen. Dass 40 % der Bevölkerung von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen werden, wird von den christ- und sozialdemokratischen Politikern im „guten“ Norden nicht einmal ignoriert. Ebenso: Dass die durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung auf 1.000€ sinkt – pro Jahr! Denn der weitaus größte Teil der Arbeitslosen ist ausgesteuert und damit auch von der Krankenkasse ausgeschlossen.

Mit dem Mut der Verzweiflung wählte eine (relative) Mehrheit im Jänner 2015 jene Partei, welche für einen grundlegenden Kurswechsel der Politik in Griechenland eintrat, die Syriza. Die 18 „guten“ Euro-Länder machten der neuen Regierung sofort klar, dass ein Abgehen von der Sparpolitik nicht in Frage komme. Es gab daher weder eine Auseinandersetzung mit den Argumenten der Griechen noch Verhandlungen. Man brauchte nur bis Ende Juni zu warten, mit dem Auslaufen des 2. Hilfsprogramms würde Griechenland eingehen.

Nachdem keine Einigung zustande kam, befragte die Regierung die Bevölkerung, um sich bei der erwarteten Zustimmung zum „großzügigen Angebot“ der Euro-Gruppe einen Abgang mit Anstand zu sichern. Doch die Bevölkerung begehrte nochmals auf: 61 % der Griechen stimmten für ein Ende von Sparpolitik und Lohnkürzungen. Für diese Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten wurde das griechische Volk bestraft: Als Zeichen der bedingungslosen Kapitulation musste die Regierung ein Maßnahmenpaket akzeptieren, das viel härter ausfiel als noch 2 Wochen davor angeboten (demokratiopolitisch ein unfass-

bares Signal). Nun werden die Deklassierten weiter deklassiert: Die massive Erhöhung der MWSt auf Nahrungsmittel, die höheren Energiekosten nach Privatisierung der Stromnetze und die Delogierung von vielen der 300.000 Haushalte, die ihre Wohnungskrediten nicht mehr bedienen (können) trifft die sozial Schwächsten am stärksten.

So zerstört die EU-Politik das Europäische Sozialmodell in Etappen. Denn es geht nicht um ein einzelnes Land in einer Krise, sondern die EU insgesamt befindet sich in einer Depression – Griechenland ist lediglich das schwächste (Mit)Glied. Mit Übernahme der neoliberalen „Navigationskarte“ vor 25 Jahren haben die EU-Eliten selbst den Weg in die Krise vorgegeben. Das aber können sie nicht wahrnehmen. Gleichzeitig verwiesen die Finanzkrise 2008 und ihre Folgen auf die neoliberal-finanzkapitalistische Spielanordnung als systemische Ursache. Um das zu verdrängen, brauchte es einen Schuldigen. Griechenland war ideal: Der Staat hatte geschummelt, die Staatsverwaltung ist in einem desaströsen Zustand, das Land hat über seine Verhältnisse gelebt und es ist klein (Italien war schon aus europapolitischen Gründen für die Rolle des Schuldigen ungeeignet).

In biblischer Zeit wurden die eigenen Sünden auf einen Ziegenbock übertragen und dieser dann in die Wüste geschickt. Das war auch das Konzept maßgeblicher christ- und sozialdemokratischer EU-Politiker: Griechenland aus der Währungsunion drängen und so die Kohärenz der 18 „guten“ Euroländer stärken. Sie haben diesen Plan nicht aufgegeben. Denn Griechenland wird die Ziele des letzten „Hilfspakets“ nicht erreichen (können), und dann kann der finale Akt des Opfers gesetzt werden.

Dass sie mit einer solchen Exekution auch das Europäische Sozialmodell exekutieren, können diese Eliten nicht wissen. Denn eine schwere Krise stärkt ihren Lernwiderstand auf emotionaler und rationaler Ebene: Erstens, ein Arzt, der selbst die Krankheit verursacht hat, kann das nicht wahr nehmen. Zweitens, innerhalb eines Denksystems kann man das Denksystem selbst nicht als Krisenursache erkennen. ■

■ Innerhalb eines Denksystems kann man das Denksystem selbst nicht als Krisenursache erkennen.